



NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND



**„Wann wir
schreiten
Seit an Seit“**

Moin!

KAMPF FÜR STELLEN

In Oldenburg droht Arbeitsplatzverlust

Nach dem vorliegenden Plan der Telekom werden ca. 150 Arbeitsplätze der Deutschen Telekom Technischer Service aus Oldenburg an andere Standorte verlegt. Des Weiteren hat der Vorstand der Telekom beschlossen, auch die Zahl der Ausbildungsplätze abzusenken. Das ist sowohl für die bereits Beschäftigten als auch für junge Menschen, die in Oldenburg einen Beruf erlernen wollen, ein schwerer Schlag.

Für mich gehört es zur Verantwortung der Telekom, die Zukunftschancen in unserer Heimat nicht aus dem Blick zu verlieren. Gerade die jungen Menschen in der Region brauchen eine Perspektive. Deswegen habe ich Ende Juni gemeinsam mit den Beschäftigten und ver.di gegen das Standortkonzept der Telekom protestiert. Neben gestandenen Gewerk-

schaftern hat sich auch die ver.di-Jugend für ihren Standort stark gemacht hat. Eine gute Aktion.

Angesichts der geplanten Schließung des Standortes Oldenburg der Deutschen Telekom Technischer Service GmbH habe ich in einem Schreiben an den Vorstandsvorsitzenden Timotheus Höttges die Telekom zum Erhalt der Arbeits- und Ausbildungsplätze aufgefordert. Ich biete mich den Beschäftigten als Vermittler für eine konstruktive Zusammenarbeit an. Zu einer tragfähigen Lösung kommt man nur im Dialog. Deswegen möchte ich gemeinsam mit Arbeitnehmervertretern und den Unternehmensleitern dafür sorgen, dass hier eine gute Regelung für die Zukunft gefunden wird und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht im Regen stehen gelassen werden.

Die parlamentarische Sommerpause hat begonnen und ich mache mich auf den Weg zu Wochenmärkten und auf Hausbesuche. Versprochen und gehalten: Als direkt gewählter Abgeordneter für Oldenburg und das Ammerland bin ich jederzeit ansprechbar. Denn für meine politischen Entscheidungen in Berlin möchte ich von den Bürgerinnen und Bürger in meinem Wahlkreis wissen, was sie wirklich bewegt.

Es gibt vieles, was wir als SPD erreicht haben: die Mietpreisbremse, die Wohngelderhöhung und mehr Geld für Alleinerziehende. Mich interessiert, wo sonst noch der Schuh drückt. Es ist fast Halbzeit im Deutschen Bundestag. Es liegen also noch zwei volle Jahre in dieser Legislaturperiode vor mir, die ich für die Menschen in meiner Heimat nutzen werde.

Ever 12's

GRIECHENLAND - WAS NUN?

61% der Griechen lehnen die Reformvorschläge ab

Am 05. Juli hat sich die griechische Bevölkerung in einem Referendum gegen ein Angebot der Eurostaaten ausgesprochen, das Griechenland weitere Hilfen im Austausch für Strukturreformen gesichert hätte. Die Verhandlungen stehen wieder am Ausgangspunkt. In den nächsten Tagen und Wochen wird es intensive Gespräche zwischen der griechischen Regierung und der Eurogruppe geben, um eine Staatspleite und ein Ausscheiden aus dem Euro („Grexit“) zu verhindern.

Im Haushaltsausschuss, dem ich angehöre, haben wir in den letzten Wochen die Finanzhilfen für Griechenland regelmäßig diskutiert. Als erste Industrienation hat

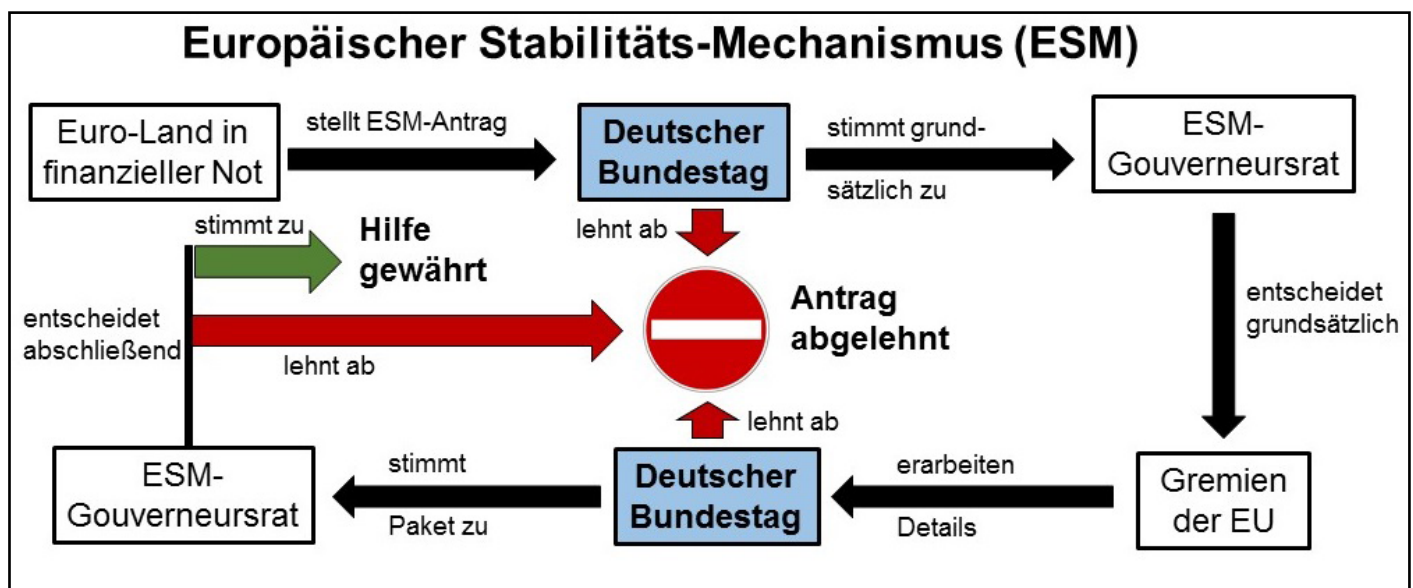
1. Finanzhilfen werden nur gewährt, wenn sie zur Wahrung der Finanzstabilität des Euro-Raumes insgesamt und seiner Mitgliedsstaaten unabdingbar sind.

2. Nach Eingang eines Finanzhilfe-Antrages an den ESM-Gouverneursrat (in der Regel die Finanzminister) wird dieser Antrag genau analysiert und dann bewertet. Auf Grundlage dieser Bewertung erwirkt der ESM-Gouverneursrat einen Beschluss, ob grundsätzlich eine Finanzhilfe gewährt werden kann. Vor dieser Entscheidung muss es allerdings eine Zustimmung des Bundestages geben, da der Bundesfinanzminister im Gouverneursrat sonst zwingend dagegen stimmen muss.



Foto: griechenland-deals / pixelio.de

4. Erst dann kann durch Beschlüsse des ESM-Gouverneursrates, des ESM-Direktoriums die Finanzhilfe formell gewährt werden. Wie schon beim Grundsatzbeschluss (siehe 2.) ist vor den abschließenden Beschlüssen im Bundestag darüber abzustimmen. Der Finanz-



Griechenland eine am 30. Juni fällige Kreditrate an den Internationalen Währungsfond (IWF) nicht zurückbezahlt. Zeitgleich ist das im Februar 2015 verlängerte Hilfsprogramm (Griechenland II) ausgelaufen. Weitere Finanzhilfen der EU können somit nur durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) geleistet werden. Zum besseren Verständnis, wie es jetzt weitergehen könnte, habe ich das weitere Vorgehen vereinfacht zusammengefasst:

3. Im Falle einer Zustimmung des Bundestages und des dann folgenden Grundsatzbeschlusses legen verschiedene Gremien der EU gemeinsam mit dem Land, das die Finanzhilfen beantragt, die Auflagen der Finanzhilfe fest. Gleichzeitig werden die Finanzierungsbedingungen im Einzelnen, die gewählten Finanzierungsinstrumente (der ESM hat mehrere Möglichkeiten der Finanzhilfe) und ggf. die Auszahlung der ersten Tranche der Hilfe ausgearbeitet.

minister ist an das Ergebnis dieser Abstimmung gebunden.

In der noch ungeklärten Situation droht Griechenland eine ernsthafte humanitäre Krise. Hier sind die europäischen Staaten – darunter auch Deutschland – gefordert, bei der Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern und Medikamenten zu helfen. Die europäische Solidarität darf auch bei allem Ärger über die Athener Regierung nicht verweigert werden.



2. Juni - Besuch beim Gastronomie-Ausstatter Hinsche Gastro-Welt in Oldenburg mit Geschäftsführerin Sarah Hinsche.



2. Juni - Zu Gast beim Internationalen Begegnungscafé in Edewecht mit den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern sowie ihren Gästen.



3. Juni - Gespräch mit dem Team vom Oldenburger Warenkorb im Kennedy-Viertel: Elvira Kunkel, Gertrud Diers, Ursula Hegeler und Irmgard Knust (v.l.).



4. Juni - Besuch bei Gitta Roßkamp und Sven Lehrke von der Baumschule Roßkamp (3. u. 4. v. r.) mit dem SPD-Ortsverein Wiefelstede.



13. Juni - Bei der Siegerehrung vom Landschaftsgärtner-Cup im Park der Gärten in Rostrup mit den diesjährigen Gewinnern.



14. Juni - Eröffnung des Bahnhaltopunktes Oldenburg-Wechloy mit Oberbürgermeister Jürgen Krogmann und Verkehrsminister Olaf Lies.



22. Juni - Betriebsbesichtigung bei der Großbäckerei Stöhr-Brot in Halsbek und Gespräch mit dem Geschäftsführer Harm Bartels.



26. Juni - Gespräch mit Monika Engelmann-Bölts und Gabriele Kaboth-Freytag (v.l.) von der Agentur Ehrensache sowie Ralph Wilken von der Stadt Oldenburg.

MEHR WOHNUNGSGELD

Anstieg um über 30 Prozent in Oldenburg

Zum Jahr 2016 wird das Wohnungsgeld in Oldenburg um über 30 Prozent steigen. Die Haushalte in der Stadt werden so entlastet. Grund ist die Reform des Wohnungsgeldes durch die große Koalition, die ich als zuständiger Berichterstatter im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz mit beschlossen habe.

Während die Mieten in Oldenburg jahrelang gestiegen sind, hat Schwarz-Gelb eine Anpassung des Wohnungsgeldes im Bundestag blockiert. Dank der SPD kommt nun eine längst überfällige Erhöhung. Bekam z.B. eine vierköpfige Familie bislang max. 556 Euro, liegt die Obergrenze künftig bei 730 Euro. Auch im Ammerland gibt es Erhöhungen: In den Gemeinden Ede- wecht, Rastede, Westerstede und Wiefelstede steigen die Sätze um durchschnittlich 12 bis 14 Prozent.

Eines ist klar: Beim Wohnungsgeld geht es nicht nur um die Höhe. Wir müssen überhöhte Mieten nicht nur abfedern, sondern dafür sorgen, dass sie gar nicht erst entstehen. Dazu haben wir mit der Mietpreisbremse einen wichtigen Beitrag geleistet – es gibt aber noch einiges zu tun.



TERMINHINWEIS:

TTIP - FLUCH ODER SEGEN?

Über das geplante Freihandelsabkommen diskutiere ich am Montag, dem **20. Juli 2015 ab 18 Uhr im Hotel und Gesellschaftshaus Wöbken in der Hundsmühler Str. 255 in Oldenburg** mit folgenden Podiumsgästen:

Bernd Lange MdEP als Berichterstatter für TTIP im Handelsausschuss des Europäischen Parlaments, Linn Selle als Referentin vom Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. und Gert Stuke als Präsident der Oldenburgischen IHK.

Wie erhalten wir unsere deutschen Arbeits- und Umweltstandards? Wie sichern wir traditionelle Markenzeichen? Wer zu diesen und anderen Fragen mitdiskutieren möchte, meldet sich bitte bis zum 17. Juli unter wahlkreis@dennis-rohde.de oder per Telefon unter 0441 - 99867601 an.

BERLINER REPUBLIK

Debatten ausführlich darstellen

Wer die Tageszeitungen verfolgt, um an aktuellen Themen dranzubleiben, der muss sozialdemokratische Positionen oft mühsam suchen. Das Debattenmagazin „Berliner Republik“ ist anders. Deshalb habe ich gerne die Mit- herausgeberschaft übernommen.

Die „Berliner Republik“ erscheint alle zwei Monate und stellt die wichtigen gesellschaftspolitischen Debatten unserer Zeit dar. Eine aktuelle Ausgabe liegt zur Ansicht in meinem Wahlkreisbüro. Die Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und Medien, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft entwickeln Ideen für eine fortschrittliche Politik. Wer sich für ein Abo des Magazins entscheidet, kann auch die sogenannten „Innovationsdialoge“ besuchen, die von der „Berliner Republik“ viermal im

Jahr veranstaltet werden.

Wir brauchen eine vernünftige Debattenkultur, die gesellschaftliche Probleme konsequent zu Ende denkt. Impulse aus Bund und Ländern zeigen erfolgreiche Beispiele sozialdemokratischer Politik, auf die wir zu Recht stolz sein dürfen.



DIREKT GEWÄHLT - DIREKT ANSPRECHBAR!

Berliner Büro

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 - 227 72 800
Fax: 030 - 227 76 800

eMail: dennis.rohde@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Huntestraße 23
26135 Oldenburg

Telefon: 0441 - 99 86 76 01
Fax: 0441 - 99 86 76 05

eMail: wahlkreis@dennis-rohde.de

www.dennis-rohde.de
facebook.com/dennis.rohde
twitter.com/dennisrohde